

**Luisenstr. 100  
42103 Wuppertal**

Tacheles e.V., Luisenstr. 100, 42103 Wuppertal

**Tel.: 0202 – 3 70 30 74**

**Fax.: 0202 - 30 66 04**

**presse@tacheles-sozialhilfe.de**

**www.tacheles-sozialhilfe.de**

**Amelie Kleinschmidt**

## Medieninformation

Wuppertal, 12.01.2005

### 1-Euro-Job statt Studium

### fzs und Tacheles e.V.: Gemeinsamer und solidarischer Protest

**Wuppertal. Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) und der Arbeitslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V. rufen Studierende und Auszubildende zum Widerspruch gegen die ab dem 1. Januar 2005 eingeführten Schlechterstellungen durch die Hartz-Gesetze auf.**

"Wir hoffen, viele der unzumutbaren Neuregelungen auf dem gerichtlichen Weg zu stoppen.", so fzs-Vorstandsmitglied Nele Hirsch. Die beiden Organisationen kritisieren, dass die Hartz-Gesetze gerade jenen das Leben noch schwerer machen, die schon zuvor mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Dies gelte auch für Studierende. Von den Veränderungen durch die Hartz-Gesetze werden Tausende betroffen sein; einige werden dadurch ihr Studium nicht fortsetzen können.

Auf heftige Kritik stößt beispielsweise die von der BA beabsichtigte Streichung von Mehrbedarfsleistungen für allein Erziehende, schwangere oder behinderte Studierende die bis Ende 2004 galt. Die erfolgte Streichung wird nun damit begründet, dass man als Bundesagentur für Arbeit keine versteckte Ausbildungsförderung durchführen könne. „In der Vergangenheit ist diese gleichlautende Frage durch eine ganze Serie von Gerichtsentscheidungen geklärt worden. Alle führten zu dem Ergebnis, dass Sonderbedarfe wie der Allein-erziehendenzuschlag oder ein Krankenkostenzuschlag

rein gar nichts mit versteckter Ausbildungsförderung, höchstens mit Existenzsicherung und einem Leben in Würde zu tun haben“, so Harald Thomé, Tacheles Vorsitzender. "Wie die Betroffenen zukünftig die Finanzierung ihres Lebensunterhalts sicherstellen sollen, scheint die Bundesagentur für Arbeit nicht zu interessieren. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, dass Studierende ihr Studium hinschmeißen sollen und in Zukunft ihren Lebensunterhalt durch Fegen in 1-Euro-Jobs sicherstellen sollen", so Thomé zynisch weiter.

Als anderes Beispiel nannten die beiden Organisationen die neu gefassten Beurlaubungsregelungen: Bisher konnten sich Studierende während des Studiums beurlauben, wenn sie schwanger waren oder Kinder erzogen. Diese Möglichkeit ist nun nicht mehr vorgesehen. Die Folgen liegen auf der Hand: Hohe Semesterzahlen und Studiengebühren werden sie zur Aufgabe des Studiums zwingen oder aber einer unzulänglichen Mehrbelastung aussetzen.

Neben den rechtlichen Schritten setzen fzs und Tacheles auf öffentlichen Protest. Sie fordern auch die Studierenden dazu auf, sich gemeinsam mit Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaftsgliederungen und Sozialverbänden für den Erhalt und Ausbau von sozialen Rechten einzusetzen. "Nur gemeinsam und solidarisch", so Nele Hirsch abschließend, "können wir der herrschenden Politik der Ausgrenzung und Entrechtung etwas entgegensetzen".

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter

[www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de)

<http://www.fzs-online.org>

Für weitere Fragen stehe ich gerne zur Verfügung!

**Harald Thomé**

Vorsitzender

Tacheles e.V.

Telefon: 0202/318441

Mobil: 0179 - 7614426